

# Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag  
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



## Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511 – 3030 - 3413  
Telefax 0511 – 3030 - 4863  
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück  
Telefon 0541 – 2027644  
Telefax 0541 – 2026832  
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

## Niedersächsisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz)

Rede vom 19. Juni 2013, 10. Sitzung, Tagesordnungspunkt 19  
Erste Beratung

Den Gesetzentwurf der Fraktion der der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finden Sie in der Drucksache [17/259](#).

### Weitere Redner waren:

Ronald Schminke (SPD), Karl-Heinz Bley (CDU), Maaret Westphely (GRÜNE) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

### Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

[...] Für die FDP-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete König das Wort. Bitte schön!

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Das muss aber nicht sein!)

#### Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Allein schon der Titel zeigt auf, was für ein Gesetz das sein soll:

(Petra Tiemann [SPD]: Ein gutes!)

Vorgaben, Maßnahmen, Vorschriften, Einschränkungen, Anordnungen, Bevormundungen - alles in 16 Paragraphen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Ein Gesetz mit Vorschriften - oh, wie schlimm! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Als nach dem Ruffert-Urteil das alte Vergabeverfahren geändert werden musste - einer der wesentlichen Punkte war das Tariftreuegesetz mit den Allgemeinverbindlichkeitsbereichen des Lohnes -, haben wir ein schlankes, praktikables Gesetz gemacht, das sowohl kommunal- als auch branchenspezifisch hoch anerkannt war und mit dem alle sehr zufrieden waren.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Da fragen Sie mal die Bauindustrie!)

Wichtig dabei - das kommt hier überhaupt nicht zur Geltung - war die klare Vorgabe, dass die VOB/VOL in die NGO eingebracht werden sollte,

(Wiard Siebels [SPD]: Die NGO gibt es gar nicht mehr! - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Sie meint das Kommunalverfassungsgesetz!)

also Grundlage für eine veränderte Form und vonseiten der Bauwirtschaft schon seit Langem gefordert. Auf Basis dieser Verordnung konnte ein kurzes, prägnantes Gesetz erarbeitet werden, das

**Gabriela König MdL, Niedersächsisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz), Rede vom 19. Juni 2013, 10. Sitzung, Tagesordnungspunkt 19, Erste Beratung**

---

sowohl vor Missbrauch im Baubereich schützt als auch Handwerksbetrieben Sicherheit gewährt und Bürokratie minimiert.

(Zuruf von Ronald Schminke [SPD])

- Das ist nämlich genau der Gegensatz von dem, was Sie wollen.

Die Veränderungen gegenüber dem noch in Teilen bestehenden Gesetz sind in erster Linie die von der EU zu Recht kritisierten örtlichen Tariftreuergeburten, die eine allgemeinverbindliche Anwendung vermissen ließen. Dieser Punkt zu § 3 wurde angepasst. Somit ist die Allgemeinverbindlichkeit aufgenommen und gilt auch für Nachfolgevergaben bzw. für Subunternehmen.

Was nun jedoch daraus gemacht wurde oder auch verschlimmbessert wurde, ist jenseits einer vernünftigen Umsetzbarkeit. Vielmehr wird eine weitaus größere Verlagerung in kommunale Unternehmen erfolgen; denn vieles von dem, was jetzt gefordert wird, ist schlichtweg nicht umsetzbar.

Ich greife einfach einmal etwas heraus, und zwar den ÖPNV. Vor der Tariftreue muss sich diese Branche überhaupt nicht fürchten. Die Verkehrsbranche ist schließlich mit ver.di in Einklang und hat vereinbart, dass Lohn- und Tarifverträge seit 1999 in der Nachwirkung bestehen und als alleiniger Tarifvertrag in Anlehnung an den TV-N bestehen.

(Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Auch die Lohnuntergrenze ist wesentlich höher, als hier im Gesetz gefordert.

(Wiard Siebels [SPD]: Seit 1999! Um Gottes willen! - Gerd Ludwig Will [SPD]: Sie haben keine Ahnung! - Ronald Schminke [SPD]: 14 Jahre ohne Nachwirkung, keinen neuen Tarifvertrag! - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Moment!

**Gabriela König (FDP):**

Allerdings beträgt - - -

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Moment bitte, Frau König! - Herr Kollege Schminke, Frau Kollegin König hat nun das Wort. Ich bitte um etwas Ruhe.

(Ronald Schminke [SPD]: 14 Jahre!)

Bitte!

**Gabriela König (FDP):**

Allerdings betätigen sich die Unternehmen nicht ausschließlich im öffentlichen Segment. Sie bedienen sich in einem Mischbetrieb, bestehend aus Linienerverkehr, Schülerverkehr, Reise- und Gelegenheitsverkehr, Krankenbeförderung und im Taxi- und Mietwagengeschäft. Somit müssen wir nämlich darauf achten, dass nicht rechtswirksam zustande gekommenen nachwirkenden Tarifverträgen die vom Verfasser gewollte Verbindlichkeit entzogen wird. Wir bekommen dann nämlich auf Dauer einen vom Gesetzgeber ausgesuchten landesweiten Branchentarifvertrag.

(Glocke der Präsidentin)

Selbst das Bundesarbeitsgericht betonte in seiner ständigen Rechtsprechung, dass nachwirkende Tarifverträge unabhängig von ihrer Dauer ihre rechtliche Wirksamkeit nicht verlieren dürfen. Was wird also passieren? - Kommunen werden möglichst wenig selbst vergeben und sich damit aus der Verantwortung ziehen; denn wenn das Gesetz so angewendet würde, wären nach vorsichtiger Schätzung ca. 28 Millionen Euro höhere Personalkosten aufzuwenden. Diese Mittel fehlen dann nämlich den Projekten.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Und wie viel weniger Soziallasten?)

Im ÖPNV z. B. würden durchschnittlich ungefähr 500 000 Euro je Aufgabenträger in Niedersachsen, also Stadt und Landkreis, an Belastung entstehen, ohne dass es auch nur eine einzige qualitative Verbesserung gäbe.

(Glocke der Präsidentin)

**Gabriela König MdL, Niedersächsisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz), Rede vom 19. Juni 2013, 10. Sitzung, Tagesordnungspunkt 19, Erste Beratung**

---

Dabei gibt es heute schon Aufgabenträger, die sich weigern, entstandene Mehrkosten aus Personalkosten, Kraftstoffen, Versicherungen, Wartungen etc. auszugleichen.

Der Gewinner in diesem Gesetzesvorhaben ist einzig der Bereich der Inhouse-Vergabe.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Moment, Frau König, Sie müssen zum Schluss kommen!

**Gabriela König (FDP):**

Das ist jetzt der letzte Satz.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Sie haben noch einen Satz. Bitte!

**Gabriela König (FDP):**

Wir sollten also genau prüfen, was dieses Gesetz letztlich verursacht, und uns über die Konsequenzen klar werden. Deswegen freue ich mich ganz besonders auf die Anhörung, die wir demnächst haben. Danach werden wir sehen, wie wir mit dem Gesetz umzugehen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank. - Zu einer Kurzintervention hat sich nun der Kollege Schminke gemeldet. Bitte!

(Zuruf von der FDP: Oh nein!)

**Ronald Schminke (SPD):**

Das muss sein! Es geht nicht anders.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es geht wirklich nicht anders, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Frau König, ich muss Sie mal zu dem Tarifvertrag, von dem Sie gesprochen haben, fragen. 14 Jahre kein Tarifvertrag, jedenfalls kein neuer mehr. Das nennen Sie „Nachwirkung“. Der Tarifvertrag soll immer noch Gültigkeit haben. Merken Sie eigentlich gar nicht, dass keiner mehr diesen Tarifvertrag akzeptieren will, weder auf der Arbeitnehmerseite noch auf der Arbeitgeberseite? Die setzen sich doch miteinander gar nicht mehr an einen Tisch. Und dann reden Sie davon, dass es ein repräsentativer Tarifvertrag sein muss? Das kann ja wohl nicht sein!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank. - Frau Kollegin König möchte antworten. Bitte!

**Gabriela König (FDP):**

Herr Schminke, ich habe Ihnen vorhin gesagt: Das ist ein an den TV-N angelehnter Tarifvertrag. Der ist mit ver.di ausgehandelt. Ver.di hat ihn auch so akzeptiert.

Warum gehen Sie eigentlich nicht mal zusammen mit Ihren Gewerkschaften in ein vernünftiges Gespräch, um sich - - -

(Ronald Schminke [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Aber warum kritisieren Sie denn die Tarifverhandlungen innerhalb der Gewerkschaften? Wenn ver.di das akzeptiert, dann sollten Sie das auch akzeptieren. Das ist doch eigentlich gar nichts Schwieriges.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Am Ende der Beratung erfolgte eine Ausschussüberweisung**

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

[...] Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Federführend soll der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sein und mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sowie der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.